



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

32 Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Personenstandswesen

Beteiligt:20 Stadtkämmerei
VB 2/KM Konsolidierungsmanagement**Betreff:**Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit
Intensivere Überwachung des ruhenden Verkehrs
Maßnahme 32-M-02-1**Beratungsfolge:**

13.04.2005	Bezirksvertretung Eilpe/Dahl
13.04.2005	Bezirksvertretung Hagen-Nord
19.04.2005	Bezirksvertretung Hagen-Mitte
20.04.2005	Bezirksvertretung Haspe
20.04.2005	Bezirksvertretung Hohenlimburg
26.04.2005	Stadtentwicklungsausschuss
12.05.2005	Haupt- und Finanzausschuss
25.05.2005	Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt
 - zunächst befristet für 1 Jahr fünf zusätzliche Stellen im Bereich Überwachung des ruhenden Verkehrs (VII/VIb) sowie eine zusätzliche Stelle in der Sachbearbeitung (Vc) der Bußgeldstelle einzurichten und hierdurch ein zusätzliches Netto-Ertragspotential von 152.000 Euro zu erreichen,
 - nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen.



Die für Dauerparker und Kunden vorgehaltenen innerstädtischen Flächen in Parkhäusern und auf privat gewidmeten Stellplätzen sind bei durchschnittlichem Verkehrsaufkommen bei weitem nicht ausgelastet. Der derzeit vorhandene Überwachungsdruck reicht jedoch nicht aus, um die Praktiken des **nicht legalen** „preiswerteren“ Parkens auf öffentlichen Flächen im gewünschten Maße zu verhindern. Problematisch ist unter anderem z.B. das Parken in der Fußgängerzone, Parken im Halt- und Parkverbot oder auch das Parken im Kreuzungsbereich und auf anderen gesperrten Gefährdungsflächen.

Im Gutachten des Institutes für Verwaltungswissenschaften e.V. zur „Beurteilung der Aufgabenwahrnehmung“ im Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Personenstandswesen der Stadt Hagen wird daher eine dauerhafte Erhöhung der Überwachungsfrequenzen gefordert.

Dem kann durch den Einsatz von 5 zusätzlichen Überwachungskräften Rechnung getragen werden.

Dies wird erheblich zu mehr Verkehrssicherheit beitragen unter gleichzeitiger Erwirtschaftung zusätzlichen Konsolidierungspotentials.

Durch die Überwachung des ruhenden Verkehrs soll vorrangig sichergestellt werden, dass genügend Parkraum für anerkannte Transportbedürfnisse zur Verfügung steht und Verkehrsgefährdungen durch Falschparken an Gefahrenstellen unterbunden wird. Die Überwachung des ruhenden Verkehrs und die Durchsetzung von Parkverboten steht daher in engem Sachzusammenhang mit den getroffenen kommunalpolitischen Entscheidungen zur Parkraumbewirtschaftung und Verkehrsberuhigung.

Die für Dauerparker und Kunden vorgehaltenen innerstädtischen Flächen in Parkhäusern und auf privat gewidmeten Stellplätzen sind bei durchschnittlichem Verkehrsaufkommen bei weitem nicht ausgelastet, weil eine Akzeptanz der Gebührensätze auf privaten Stellflächen offensichtlich nicht in ausreichendem Maß vorhanden ist. Es besteht vielmehr die Tendenz, in den Straßenraum auszuweichen.

Der vorhandene Überwachungsdruck reicht dabei nicht aus, um die Praktiken des nicht legalen „preiswerteren“ Parkens im gewünschten Maße zu verhindern.

Die vorrangigen Probleme sind:

- Parken in der Fußgängerzone
- Parken auf Bürgersteigen und anderen, nicht dem Verkehr gewidmeten Flächen
- Parken im Kreuzungsbereich und auf anderen gesperrten Gefährdungsflächen
- Parken im Haltverbot und Parkverbot
- Parken in der „zweiten“ Reihe
- Parken an Bushaltestellen
- systematisches Weiterdrehen von Parkscheiben in Kurzzeit-Parkzonen.

a) Auswirkungen auf alle bisher in Hagen geltenden Standards kommunaler Leistungserbringung:

Es existieren bisher keine fest formulierten Standards, die vorgenannten Gründe, insbesondere die Sicherung einer attraktiven „neuen Mitte“ sowie der Stadtteilzentren, d.h. das Freihalten der Fußgängerzone von Fahrzeugverkehr außerhalb der Ladezeiten, kann nur durch intensiveren Einsatz von Überwachungskräften gewährleistet werden.

Hinzu kommt, dass die inzwischen beschlossene Erweiterung des Bewohnerparkens ebenfalls Überwachungskapazität beansprucht. Eine nicht ausreichende Kontrolle hätte zur Folge, dass in diesem ausgewogenen und daher empfindlichen System der Parkraumbewirtschaftung nicht die erwünschten Effekte eintreten würden.

Auch wenn diese Vorlage unter dem Betreff „Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit“ vorgelegt wird, ist das Ziel unzweifelhaft die Erhöhung der Verkehrssicherheit, die Bereitstellung von Parkraum sowie die Erhöhung der Attraktivität des Wohnumfeldes.

b) Auswirkungen auf die zu erwartenden Personal- und Sachkosten:

Durch den Einsatz von 5 zusätzlichen Überwachungskräften könnten vermutlich jährlich ca. 378.700 Euro Mehreinnahmen erzielt werden. Für die verwaltungsmäßige Bearbeitung (Verwarn- bzw. Bußgeldbescheide, Bearbeitung von Einsprüchen usw.) der durch den

BEGRÜNDUNG

Drucksachennummer:

0256/2005

Teil 3 Seite 2

Datum:

22.03.2005

Außendienst erzeugten Fälle ist darüber hinaus ein Sachbearbeiter im Innendienst erforderlich.

Den genannten Einnahmen stehen Kosten in Höhe von ca. 226.700 Euro gegenüber, so dass ein Ertragspotential von ca. 152.000 Euro verbleibt. Als Anschubinvestition entstehen einmalig Sachkosten für die Beschaffung von mobilen Datenerfassungsgeräten, Dienstkleidung, Spinde etc. in Höhe von ca. 13.500 Euro.

Inzwischen liegt das Gutachten zur „Beurteilung der Aufgabenwahrnehmung“ im Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Personenstandswesen des Institutes für Verwaltungswissenschaften vor.

Hier heißt es u.a.:

„Jedes Gerede von „Abzocke“ ist deshalb fehl am Platze. Die Stadt Hagen muss ihre Einnahmepotentiale voll ausschöpfen, damit sie im Interesse ihrer Bürger und ihrer Zukunftsfähigkeit wieder finanziell handlungsfähig wird.“

Immer wieder werden an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet die Rettungswege durch abgestellte Kraftfahrzeuge blockiert, so dass untragbare zeitliche Verzögerungen im Einsatzablauf geschehen. Der durch die Bezirksvertretung Mitte im Februar 2005 erteilte Auftrag, ein Konzept zur restriktiven Überwachung des ruhenden Verkehrs zu entwickeln (Überwachung auch abends und nachts sowie an Wochenenden und Feiertagen) wird dazu führen, dass über die in dieser Vorlage genannte Zahl der Überwachungskräfte die Einrichtung weiterer Stellen erforderlich wird. Die genaue Zahl kann erst nach Abschluss einer noch durchzuführenden Untersuchung genannt werden.

c) Prognosen über mögliche Folgekosten der jeweiligen Einsparmaßnahmen:

Folgekosten auf der Basis der beschriebenen Maßnahme werden von hier nicht gesehen.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 1

Drucksachennummer:

0256/2005

Datum:

22.03.2005

☐ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen.

Hinweis: Diese und alle weiteren Zeilen in diesem Fall bitte löschen!

1. Rechtscharakter

- ☐ Auftragsangelegenheit
- ☒ Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
- ☐ Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
- ☐ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
- ☐ Vertragliche Bindung
- ☐ Fiskalische Bindung
- ☐ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstige
- ☐ Dienstvereinbarung mit dem GPR
- ☐ Ohne Bindung

Erläuterungen:

2. Allgemeine Angaben

- ☒ Bereits laufende Maßnahme
 - ☒ des Verwaltungshaushaltes
 - ☐ des Vermögenshaushaltes
 - ☐ eines Wirtschaftsplanes

- ☐ Neue Maßnahme
 - ☐ des Verwaltungshaushaltes
 - ☐ des Vermögenshaushaltes
 - ☐ eines Wirtschaftsplanes

☒ Ausgaben

☐ Es entstehen weder einmalige Ausgaben noch Ausgaben in den Folgejahren

☒ Es entstehen Ausgaben

☒ einmalige Ausgabe(n) im Haushaltsjahr 2005

☒ jährlich wiederkehrende Ausgaben

☐ periodisch wiederkehrende Ausgaben in den Jahren _____

Drucksachennummer:
0256/2005

Datum:
22.03.2005

X	Einnahmen	<u>ca. 378.700</u>	EUR
X	Sachkosten	<u>ca. 13.500</u>	EUR
X	Personalkosten	226.700	EUR

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
1120.260.0020.4	151.480	302.960	302.960	302.960	302.960
1120.260.0010.8	37.870	75.740	75.740	75.740	75.740
Ausgaben:					
1120.400.0000.8 (SN A)	113.350	226.700	226.700	226.700	226.700
Anschubfinanzierung	13.500				
Eigenanteil:					

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 3

Drucksachennummer:
0256/2005

Datum:
22.03.2005

4. Finanzierung

☐ Verwaltungshaushalt

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kein konkreter Finanzierungsvorschlag

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den im Haushaltssicherungskonzept festgesetzten

☐ Haushaltsausgleich langfristig nicht gefährden

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in den nächsten Jahren um folgende Beträge erhöhen und damit das Zieljahr für den Haushaltsausgleich gefährden:

Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 4

Drucksachennummer:
0256/2005

Datum:
22.03.2005

☐ Vermögenshaushalt

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kreditaufnahme

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Maßnahme kann im Rahmen der mit der Bezirksregierung abgestimmten Kreditlinie zusätzlich finanziert werden

☐ Die Maßnahme kann nur finanziert werden, wenn andere im Haushaltsplan/Investitionsprogramm vorgesehene und vom Rat beschlossene Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 5

Drucksachennummer:
0256/2005

Datum:
22.03.2005

☐ Folgekosten bei Durchführung der Maßnahme im Vermögenshaushalt

☐ Es entstehen keine Folgekosten

☐ Es entstehen Folgekosten ab dem Jahre _____

☐ Sachkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Personalkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Erwartete Zuschüsse bzw. Einnahmen zu den Folgekosten EUR _____

☐ Folgekosten sind nicht eingeplant

☐ Folgekosten sind bei der/den Haushaltsstelle(n) wie folgt eingeplant:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
Eigenanteil:					

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 6

Drucksachennummer:

0256/2005

Datum:

22.03.2005

5. Personelle Auswirkungen

☒ Es sind folgende personalkostensteigernde Maßnahmen erforderlich:

5.1 Zusätzliche Planstellen

Anzahl	BVL-Gruppe	unbefristet/befristet ab/bis	Besetzung intern/extern	Kosten EUR *
5	VII/VI b	befristet ab Beschlussfassung 1 Jahr	intern	186.500
1	V c	befristet ab Beschlussfassung 1 Jahr	intern	40.200

5.2 Stellenausweitungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.3 Hebungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.4 Aufhebung kw-Vermerke

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.5 Stundenausweitung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.6 Überstunden bei Ausgleich durch Freizeit mit entsprechendem Zeitzuschlag

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.7 Überstunden bei Ausgleich durch vollständige Vergütung

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.8 Überplanmäßige Einsätze

BVL-Gruppe	Zeitdauer	Umfang in Wochenstunden	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.1 bis 5.8	226.700
--------------------------	---------

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 7

Drucksachennummer:
0256/2005

Datum:
22.03.2005

☐ Es sind folgende personalkostensenkende Maßnahmen möglich:

5.9 Stellenfortfälle

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.10 Abwertungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.11 kw-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.12 ku-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.13 Stundenkürzung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.9 bis 5.13	
---------------------------	--

* = Kostenermittlung auf der Basis der Durchschnitts-Personalkosten des jeweiligen Jahres (von 18/02) bzw. bei Überstunden auf der Grundlage der jeweiligen Überstundenvergütungen.

Veröffentlichung:

Ja
Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerin

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

32 Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Personenstandswesen
20 Stadtkämmerei
VB 2/KM Konsolidierungsmanagement

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

